

**A** Staatsminister v. Schdewitz: Meine Herren! Obwohl soeben der Herr Präsident bemerkt hat, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners mit dem Gegenstande der Tagesordnung nur lose zusammenhängen, habe ich doch Anlaß, einige Worte darauf zu erwidern.

Ich möchte zunächst auch hier nochmals bemerken, daß die Regierung über den Vorortverkehr, insbesondere in der Nähe von Dresden, eine Denkschrift in Arbeit hat, die Ihnen jedenfalls gelegentlich der Vorlegung des zweiten Eisenbahndekrets zugehen wird. Sie wird die Frage der Verbesserung des Vorortverkehrs, insbesondere auch der Strecken Dresden-Meißen und Dresden-Pirna, des näheren besprechen, und damit wird auch die Frage zur Erörterung kommen, ob man diese Vorortzüge durchgehen lassen, und auch, ob man sie elektrisch betreiben soll.

(Bravo!)

Es würde dann der Vorortverkehr sicher verbessert, aber zugleich auch der Betrieb für den Staat verteuert werden. Ich glaube deshalb nicht in Aussicht stellen zu können, daß man hieraus Anlaß nehmen wird, eine Tarifherabsetzung vorzunehmen, wie der Herr Vorredner eben angeregt hat. Ich weise darauf hin, daß der preußische Staat jetzt für den Berliner Vorortverkehr die Elektrifizierung plant, zugleich aber eine Erhöhung der dort geltenden Vororttarife in Aussicht nimmt.

**B**

Dann hat neben anderem der Herr Abg. Kunze noch gewünscht, es möchte gestattet werden, gleichzeitig eine größere Anzahl Fahrkarten zu lösen. Meine Herren! Das steht schon jetzt jedem frei. Allerdings ist die Gültigkeit der Fahrkarten nur auf 4 Tage beschränkt, aber innerhalb der vier Tage kann die Reise angetreten werden, wann es den Herren Reisenden paßt. Weiter zu gehen, verbieten betriebstechnische Rücksichten, die ich heute nicht näher ausführen möchte.

Die übrigen Anregungen des Herrn Abg. Kunze werden in Erwägung genommen und weiter behandelt werden.

**Präsident:** Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter Abg. Wittig:** Meine Herren! Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Kunze nur erwidern, daß eben, um eine bessere Regelung des Vorortverkehrs zu ermöglichen, die

königl. Staatsregierung die hier im Etat einge- **C**  
stellten Mittel verwenden will.

Auf die übrigen Bemerkungen möchte ich jetzt nicht weiter eingehen, da sie nur in sehr losem Zusammenhang mit der Vorlage stehen.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen: die zum viergleisigen Ausbau der Linie Bodenbach-Dresden zwischen Pirna und Mügeln, einschließlich der Herstellung eines Industrie-gleises zwischen Pirna und Mügeln, unter Tit. 11 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13 eingestellten 2000000 M. (erste Rate) zu bewilligen und den dazu gemachten Vorbehalt zu genehmigen?

Einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition der Gemeinderäte zu Niederoderwitz und Spitzkunnersdorf um Errichtung einer Güterabfertigungsstelle in Niederoderwitz. (Drucksache Nr. 232.)

Berichterstatter Herr Abg. Kentsch.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn **D**  
Berichterstatter das Wort.

**Berichterstatter Abg. Kentsch:** Die Gemeinderäte zu Niederoderwitz und Spitzkunnersdorf bitten um Errichtung einer öffentlichen Güterabfertigungsstelle in Niederoderwitz. Nachdem es im Jahre 1909 endlich gelungen sei, die beiden Gemeinden Nieder- und Mitteloderwitz zu einer Gemeinde zu verschmelzen, seien die früheren Meinungsverschiedenheiten über diese notwendige Anlage geklärt. Die Petition sei früher schon einmal — es war dies vor 14 Jahren — der königl. Staatsregierung zur Erwägung überwiesen worden, und trotzdem sei eine im Januar 1911 abermals an die Generaldirektion der königl. Sächsischen Staatseisenbahnen gerichtete Petition mit dem Hinweise auf die inzwischen von privater Seite erbauten Anschlußgleise abgelehnt worden. Diese Petition ist in Abschrift beigelegt und enthält noch die Aufzählung einer Reihe von Übelständen, welche sich auf der Haltestelle Niederoderwitz im Personenverkehre außerdem noch fühlbar gemacht haben sollen. Da aber die dort aufgeführten Übelstände mit dem Wunsche, eine Güterabfertigungsstelle zu erlangen, nicht in direktem